künftige in der Welt Abschreibungen an der papiernen deutschen Reparationsschuld für allein möglich hält. — Mussolini hält diesen Moment für geeignet, seinem Volke das Schauspiel vorzuführen, wie er Italiens Anteil vergrößert! Es ist ein ziemlich lächerliches Bemühen! Alles was bisher ohne Deutschlands eigene Mitwirkung über die Reparationsfrage entschieden worden ist, hat sich als unhaltbar erwiesen. Die Welt war eben dazu gelangt, das einzusehen, und eben aus diesem Grunde ist die internationale Finanzkonferenz nach Brüssel einberufen worden. Es ist bezeichnend für die Horizontweite eines Menschen, dessen ganze Existenz auf Muskeln und Kommando aufgebaut ist, daß er all diese Dinge sozusagen als nicht vorhanden wegwischen möchte, daß er es noch einmal unternimmt, die schwierigsten Fragen der Gegenwart in das Stadium zurückzustoßen, in dem sie vor drei Jahren waren, daß er sie sozusagen zum Nachtisch und aus dem Handgelenk heraus zu lösen trachtet. Wir kennen diese Weise, wir kennen diesen Ton. Mussolini wird hoffentlich auch seine Bewunderer sehr rasch davon überzeugen, daß man wunde Körper nicht mit Boxerhieben kuriert.

Reparationsfragen.

Paris, 22. November. Die belgischen Minister Theunis und Jaspar sind zu Besprechungen über die Brüsseler Finanzkonferenz heute abend hier eingetroffen. Sie werden, wie die Agence Havas meldet, sich nach Beendigung der Beratungen nach London begeben, um mit Bonar Law über denselben Gegenstand zu verhandeln, und weiter nach Rom, wo sie sich mit Mussolini treffen werden.

Paris, 22. November. Nach dem „Intransigeant" wird Bonar Law mit Poincare, Mussolini und Theunis wahrscheinlich in den ersten Tagen des Dezember eine Unterredung in der Reparationsfrage haben.

Paris, 22. November. Nach dem „Temps" wird die Reparationskommission jetzt nach der Bildung des Ministeriums Cuno die Frage erörtern, ob der neue Reichskanzler die Vorschläge seines Vorgängers aufrechterhalten werde. Geschehe dies, so werde die Reparationskommission unverzüglich die begonnenen Verhandlungen über die der deutschen Regierung zu erteilenden Antworten auf ihre beiden Noten wieder aufnehmen.

Kurze politische Mitteilungen.

Die Loslösungsbestrebungen in Südthüringen haben in letzter Zeit, vor allem nach dem Scheitern des Antrages der Rechtsparteien auf Landtagsauflösung wieder zugenommen. Eine besondere Arbeitsgemeinschaft ist gebildet worden, die dem Volke in Wort und Schrift die Vorzüge einer staatlichen Angliederung an Bayern zum Bewußtsein bringen soll.

Der Rückkauf des deutschen Eigentums in Italien. Eine Agentur teilt mit, daß die Reparationskommission die Genehmigung zur Ausführung des deutsch-italienischen Abkommens bezüglich des Rückkaufes des sequestrierten Eigentums abgelehnt habe. Da der Termin zur Ratifizierung am 1. Dezember abläuft, waren bereits unter Facta Besprechungen über eine Verlängerung dieses Termins eingeleitet.

Das Defizit des italienischen Staatshaushalts ist für das Rechnungsjahr 1921/22 von 6070 auf 7275 Millionen Lire gestiegen.

Die V. S. P. an die K. P. D.

Wie die „Sächs. Staatsztg." meldet, hat der Landesarbeitsausschuß der VSP. am 20. November an die KPD. folgendes Schreiben gerichtet: „Sie haben auf unsere Aufforderung vom 11. 11., unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung mit uns die Regierung zu bilden, am 14. d. M. mit 10 Bedingungen geantwortet. Diese Bedingungen decken sich zum Teil mit den Forderungen unserer Partei, deren Durchführung schon erfolgt oder in Angriff genommen worden ist. Ein anderer Teil Ihrer Forderungen gehört zur Kompetenz des Reiches und ist in Sachsen allein nicht durchführbar. Wir erkennen sie trotzdem für sachlich berechtigt an und sind bereit, mit allen Mitteln von Sachsen aus in Ihrem Sinne auf das Reich einzuwirken. Einige Forderungen aber, und das gilt besonders für das Verlangen, alle das Proletariat berührenden Gesetze der Vollversammlung der Betriebsräte und dem Betriebsrätekongreß vorzulegen, lehnen wir ab, weil diese Forderung eine solche des gesamten Proletariats nicht ist, die Betriebsräte vielmehr nur ein Organ der Gewerkschaftsbewegung sind und die Gewerkschaften selbst schon immer in allen wirtschaftlichen Fragen von der Regierung zu Rate gezogen werden. Da Sie in Ihrer Presse selbst anerkannt haben, daß die Verfassung solange respektiert werden muß, bis die Arbeiterklasse die Macht und den Willen hat, sie abzuändern, halten wir eine Verständigung auf der in unserem ersten Schreiben vorgeschlagenen Grundlage durchaus für möglich. Wenn Sie das ernstlich wollen, bitten wir um eine klare Antwort. Dann erst können die beiden Parteien in mündlichen Verhandlungen ein gemeinsames Regierungsprogramm aufstellen, das sich im Interesse der Arbeiterschaft auswirkt."

Neue Unruhen in Dresden.

Ersatz von Tumultschäden.

Infolge der enormen Geldentwertung der letzten Wochen und den damit verbundenen hohen Preisen für Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs werden neuerdings wieder in einzelnen Städten Geschäfte der Einzelhändler geplündert. Nach dem Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920 bestehen wegen der Schäden, die an beweglichem und unbeweglichem Eigentum sowie an Leib und Leben, im Zusammenhang mit inneren Unruhen, durch offene Gewalt oder durch Abwehr unmittelbar verursacht werden, Ersatzansprüche gegen das Reich nur dann, soweit ohne eine Entschädigung nach den Umständen das Fortkommen des Betroffenen unbillig erschwert wurden. Seine gesamten Vermögens- und Erwerbsverhältnisse sind dabei zu berücksichtigen.

Der Einzelhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages, der sich in seiner Sitzung am 14. November mit der Angelegenheit beschäftigte, erblickt in der jetzigen Fassung des Tumultschädengesetzes eine für den Handelsstand unannehmbare Regelung der Ersatzansprüche. Die Versagung des durch die Reichsverfassung in Artikel 153 allen Deutschen gewährleisteten Anspruchs auf Schutz des Eigentums gegenüber solchen Geschädigten, deren wirtschaftliches Bestehen nicht gefährdet ist, bedeutet eine schwere Ungerechtigkeit und bietet geradezu einen Anreiz zur Ausplünderung der bestehenden Staatsbürger. Der Ausschuß lehnt daher eine derartige Beschränkung ab und verlangt, daß die infolge von Unruhen geschädigten Kreise ausnahmslos in vollem Umfange, ohne Berücksichtigung der ihnen sonst zur Verfügung stehenden Mittel, entschädigt werden. Eine Aenderung des Nichttumultschädengesetzes ist daher mit möglichster Beschleunigung erforderlich.

Fremdenverkehr und Straßenunruhen.

Das Dresdner Geschäfts- und Verkehrsleben hat in diesen Tagen ungemein unter den Protestkundgebungen gelitten. Wie groß sind die Verluste der Geschäftsinhaber schon dadurch, daß sie ihre Geschäfte geschlossen halten müssen, weil sie nicht zusehen wollen, wie die kostbaren Ladeneinrichtungen zerstört und Waren weggeschleppt werden; noch bedeutender sind die Verluste dort, wo sinnlos zerstört und geräubert wird. Zumeist leiden die Kaufleute im Innern der Stadt darunter. Selbst wenn die Inhaber der verschiedenen Geschäfte ihre Läden offenhalten würden, würden sie mit starken Verlusten arbeiten, weil die meisten Käufer, besonders aus Gesellschaftskreisen mit größerer Kaufkraft, die Straßen war nicht erst betreten, um nicht belästigt zu werden.

Ganz besonders groß ist auch die Einbuße der Hotels und der damit verbundenen Gaststätten. In den letzten Tagen sind die Fremden in Massen aus Dresden abgereist. Man kann ihnen das nicht verdenken. Sie wollen sich frei bewegen können und nicht in Hotels eingeschlossen leben; sie mögen nicht in halb erleuchteten Nebenzimmerchen essen und trinken, während die Speisesäle und Gesellschaftsräume samt dem Empfangsraum in Nacht gehüllt sind. Aus einem einzigen Hotel der Altstadt sind an einem Tage 50 Parteien abgereist, in den übrigen Hotels gleichfalls eine große Zahl. Bestellungen auf Wohnungen von auswärts sind zurückgezogen worden und der Besuch der Hotelrestaurationsräume hat ganz aufgehört, weil überhaupt keine vorübergehenden Gäste aufgenommen und nur Hotelgäste bewertet werden konnten. Den Hotelinhabern gehen auf diese Weise Millionen verloren. Die Stadt Dresden, die von Fremden mit Vorliebe aufgesucht wird, wird auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs bei einer Fortdauer der Unruhen noch schwer zu leiden haben, ja, die Folgen dürften sich noch lange Zeit bemerkbar machen.

Neue Unruhen in Dresden.

Am Dienstag nachmittag und abend gab es im Stadtinnern wiederum Zusammenrottungen. Auf dem Altmarkt, in der Schloß- und Seestraße wogte die erregte Menge auf und ab. Die Läden wurden zum größten Teil geschlossen, so daß der Geschäftsverkehr stark behindert wurde. Das einschreitende Polizeiaufgebot war bedeutend verstärkt worden. Die Weberhalle, in der bekanntlich viele Lebensmittelgeschäfte stabiliert sind, war von 5 Uhr ab gesperrt worden. Um die Ansammlungen zu zerstreuen, wurden Attacken geritten und Schreckschüsse abgefeuert. Durch letztere wurden die tobenden Demonstranten nur noch mehr aufgeregt. Sie stoben bei jedem Schuß panikartig auseinander und flüchteten in die Seitenstraßen, um dann wieder nach dem Altmarkt zurückzukehren. Zu neuen Plünderungen ist es aber nicht gekommen, da die Rädelsführer hinter Schloß und Riegel sich befanden. In den späteren Abendstunden leerten sich langsam die Straßen. Auch am gestrigen Bußtag herrschte in Dresden allenthalben Ruhe.

Eine Ansage der Regierung.

Der engere Vorstand des Allgemeinen Dresdner Einzelhandelsverbandes unter Führung des geschäftsführenden Vorsitzenden Landtagsabgeordneten Dr. Kastner unterbreitete am Dienstag die Forderungen des Einzelhandels auch den Ministern Lipinski und Fellisch. Ueber das Ergebnis dieser Besprechung gibt der Verband folgenden Bericht: „Wenn auch die genannten Vorstandsmitglieder der Ansicht des Ministers des Innern nicht voll zustimmen konnten, daß die Polizei bereits am Sonnabend alles Erforderliche getan hätte, waren sie von der Zusicherung der beiden Minister außerordentlich befriedigt, daß die Regierung jedem weiteren Versuche gewissenloser Elemente, die Notlage einzelner Volkskreise zu politischen Demonstrationen auszunutzen, mit der größten Energie entgegentreten wird. Die Polizei wird verstärkt werden, so daß Plünderungsversuche zukünftig mit allen der Polizei zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden können. — Der von den Vertretern vertretenen Ansicht, daß die Geschäfte soweit als irgend möglich offen zu halten sind, stimmte der Wirtschaftsminister ebenfalls zu. Die Regierung und die genannten Vertreter waren sich darüber einig, daß die Zustände, wie sie in den letzten Tagen geherrscht haben, vielfach nicht solchen Umfang angenommen hätten, wenn durch die große Schar der Neugierigen die Arbeit der Polizei nicht so erschwert worden wäre.

Zahlreiche Ausländer haben im Laufe der letzten Tage Dresden aus Besorgnis, um Hab und Gut zu kommen, verlassen.

Die demokratische Fraktion des Landtages

hat sich konstituiert und zu Vorsitzenden die Abgg. Dr. Seyfert, Dr. Reinhold und Dr. Delme, zum Schriftführer Abg. Clauß wiedergewählt.

Der Landesausschuß der Demokratischen Partei Sachsens hielt, wie wir erfahren, am Bußtag in Dresden seine erste Sitzung nach den Wahlen ab. Ueber die politische Lage nach den Wahlen sprach Abg. Dr. Seyfert. Dem Bericht folgte eine sehr ausführliche Aussprache, die in allen wesentlichen Punkten eine völlige Uebereinstimmung der Partei über die einzuschlagende Taktik ergab. Die Zusammensetzung des am 1. Dezember zusammentretenden Landtags bedeutet für die demokratische Partei keinen Anlaß, ihrerseits eine Initiative in der Frage der Regierungsbildung zu ergreifen. Ihre Stellungnahme zu diesem Problem ist durch die Verfassung klar vorgeschrieben. Eine Regierung, die — und sei es auch nur teilweise — nicht auf dem Boden der Verfassung steht, wird von der D. D. P. bekämpft werden. Eine verfassungsmäßige Regierung wird die Partei zu sachlicher Mitarbeit bereitfinden. Falls die parlamentarischen Verhältnisse die Partei zur Oppositionsstellung zwingen, wird sie auch in dieser Stellung kräftig positiv zu wirken bestrebt bleiben.

Aus aller Welt.

Aufsehenerregende Verhaftung des Oberhofmarschalls v. Haken. In der aufsehenerregenden Affäre des Silberdiebstahls im Schlosse zu Sondershausen sind dem „Volk" zufolge der ehemalige Oberhofmarschall v. Haken, der Hofsekretär Topf und ein Angestellter verhaftet worden. Wie verlautet, haben der Angestellte und der Hofsekretär bereits ein Geständnis abgelegt.

Verhaftung eines Millionendiebes. Ein Angestellter des Bankhauses Löwenberg in Berlin namens Werner hatte vor einiger Zeit Banknoten im Gesamtwerte von 12 Millionen Mark entwendet. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, Werner mit seinem Bruder, der ihn auf der Flucht begleitet hatte, in einem vornehmen Hotel in Bad Wildungen zu verhaften. In seinem Besitze befanden sich noch mehrere Millionen in deutschem Gelde. Eine noch größere Summe soll Werner in der Nähe von Berlin vergraben haben.

Meuterei im Zuchthaus. Vorigen Montag kam es im Zuchthaus Reinbach wieder zu einer Meuterei. Die Gefangenen sperrten die Wärter, die ihnen das Abendessen brachten, ein und versuchten zu entfliehen. Sie wurden von anderen Strafanstaltsbeamten aufgehalten, dabei wurden drei Gefangene erschossen.

Unter dem Drucke der Besatzung. Die Reichsregierung hat die Herstellung von 150 Bauten für die französische Besatzung im Rheinlande genehmigt, und zwar sollen sofort 30 Wohnungen für Offiziere und 120 für Unteroffiziere in Angriff genommen werden.

Wettervorhersage.

Vorwiegend trüb, zeitweise Regen, und Schneefälle in Aussicht.

Freistaat Sachsen.

gs. **Die leichte, jedoch stete Verschlechterung des Arbeitsmarktes** hat in der letzten Woche angehalten. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß selbständige Handwerker und Gewerbetreibende sich zur Lohnarbeit in Fabriken vormerken lassen. Die Veränderungen sind im einzelnen nicht groß. In der Textilindustrie mehrt sich die Zahl der verkürzt arbeitenden Betriebe. Die Papierindustrie weist wieder Arbeitslose auf. Die Lage der Ungelernten hat sich verschlechtert.

gs. **Gebührnisse für Kohlen.** Die Beiträge der gewerblichen Kohlengroßverbraucher zur Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen sind vom Arbeitsministerium für die Zeit vom 1. November ab erhöht worden. Sie betragen je Tonne für Steinkohlen, Steinkohlenstaub und Steinkohlenbriketts 8.— M, für Braunkohlenbriketts, Brikettspäne und böhmische Braunkohlen 6.— M.

gs. **Dritte Sächsische Landwirtschaftliche Woche.** Auf Beschluß des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates findet die Dritte Sächsische Landwirtschaftliche Woche vom 22 bis 26. Januar 1923 in Dresden statt.

gs. **Der Ruhegehaltsverband sächsischer Gemeinden** veröffentlicht jetzt seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1921. Aus der Fülle des Mitgeteilten verdient hervorgehoben zu werden, daß 55 Beitritte erfolgt sind, und zwar eine Stadt (Glauchau), drei mittlere und kleinere Städte, 15 Landgemeinden, 8 Schulgemeinden, 4 Schulgemeinden, 23 Verbände und ein außerordentliches Mitglied. Die Zahl der Verbandsmitglieder ist somit auf 820 gestiegen. An Ruhegehältern wurden im Berichtsjahr insgesamt 17 443 043 M. zur Auszahlung gebracht. Die Rechnungsergebnisse weisen einen trotz der erhöhten Beanspruchung nicht ungünstigen Vermögensstand auf. Das Beitrittsgeld für 1922 wird voraussichtlich nicht hoch sein, so daß mit weiteren Beitritten zu rechnen ist.

Aus dem Lande.

— **Chemnitz.** Ein tödlicher Unfall im Fahrstuhl des Rathauses. Bei der Benutzung des Fahrstuhles im Neuen Rathause gelangte am Montag vormittag der 82 Jahre alte Altersrentner August Grohmann in das Kellergeschoß. Wie anzunehmen ist, machte er dort den Versuch, auszusteigen und erlitt dabei derartige Quetschungen am Kopfe und an der Brust, daß er in schwerverletztem Zustande mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhause gebracht werden mußte, wo er am gleichen Tage an den erlittenen Verletzungen gestorben ist.

— **Eibenstock.** In die Fremdenlegion verschleppt. Alle bisherigen Nachforschungen über den Verbleib des Bankbevollmächtigten Friedrich aus Niederschlema waren bis jetzt trotz aller Energie ergebnislos. Man vermutet, daß Friedrich mittels Auto von Anwerbern der Fremdenlegion verschleppt worden ist.

— **Klingenthal.** Verirrt und ertrunken. — Bewerbungen um die Bürgermeisterstelle. Der 56 Jahre alte Weinreisende Kurt Puls aus Leipzig, der sich zu Geschäftszwecken mehrere Tage hier aufhielt, ist in der Nacht zum Sonnabend auf dem Heimwege einen steilen Abhang hinunter und in den gegenwärtig hochangeschwollenen Seidenbach gestürzt, aus dem er sich nicht wieder herauszuarbeiten vermochte und ertrank. Puls war verheiratet und Vater einer erwachsenen Tochter. — Um die erledigte Bürgermeisterstelle sind 13 Bewerbungen eingegangen. In die engere Wahl werden gezogen: Stadtrechtsrat Dr. Buchwald, Werdau, Stadtrechtsrat Dr. Baumgarten, Chemnitz und Rechtsrat Dr. Weigel, Annaberg.

— **Celsnau i. E.** Kostenlose Totenbestattung. In der letzten Gemeinderatssitzung ist die kostenlose Totenbestattung für alle in Celsnau verstorbenen Personen beschlossen worden. Zur Deckung der Unkosten haben sämtliche Unternehmer, die Personen gegen Gehalt oder Lohn beschäftigen, ein halbes Prozent der gezahlten Lohnsumme aus ihren eigenen Mitteln zu bezahlen.

— **Plauen i. V.** Weinsteuerhinterziehung. — Die Theaterbillette für Ausländer. Wegen Weinsteuerhinterziehung in beträchtlicher Höhe war einem hiesigen Weinwirt ein Strafbefehl über 150 000 Mark zugestellt worden. Sein Antrag auf richterliche Entscheidung hatte Erfolg, er kam mit einer Geldstrafe in Höhe von 40 000 Mark davon. — Der hiesige Theaterausschuß beschloß, von Ausländern (ausgenommen Oesterreicher und Ungarn) den zehnfachen Betrag des jeweiligen Eintrittsgeldes für einen Besuch des städtischen Theaters zu erheben. Ausländer, die ohne gültige Zuschlagskarte im Theater angetroffen werden, zahlen eine sofortige Strafe von 10 000 M. und haben außerdem Anzeige wegen Betrugs zu gewärtigen. Alle das Theater besuchenden Reichsdeutschen haben sich durch amtliche Bescheinigung mit Lichtbild als solche auszuweisen.

— **Plauen.** Ein seltener Fall von Leichenerhaltung hat sich in einer kleinen vogtländischen Stadt ereignet. Doch hatte eine 63jährige Frau vor ihrem kürzlich erfolgten Tode erzählt, daß man ihrer 1874 gestorbenen Mutter eine goldene Brosche mit ins Grab gegeben habe, die heute einen beträchtlichen Wert haben müßte. Als nun die alte Frau starb und in dem gleichen Grabe beerdigt werden sollte, in das man die Leiche ihrer Mutter versenkt hatte, stießen die Friedhofsarbeiter auf einen guterhaltenen festen Eichensarg, der nur wenig Spuren seiner Vergrabung vor fast fünfzig Jahren aufwies. Der Sarg wurde im Beisein von Angehörigen der Verstorbenen geöffnet und man fand darin die scheinbar völlig unverweste Leiche der 1874 verschiedenen Mutter und die goldene Brosche auf einem schwarzseidenen Kleide befestigt. Als aber die Leiche berührt wurde, fiel sie in Staub zusammen, aus dem dann die Brosche herausgenommen wurde.

Dresden.

6. Von der Straßenbahn umgefahren und schwer verletzt wurde am Bußtag Abend gegen 11 Uhr auf der Großenhainer Straße ein Mann namens Otto Kühne. Da der Unglückliche bewußtlos aufgehoben wurde, konnten dessen Wohnung, Beruf und Alter noch nicht festgestellt werden. Man überführte ihn nach dem Krankenhause Friedrichstadt.

6. Verhaftungen. Bei einer Razzia auf den Bahnhöfen machte in der letzten Nacht die Fahndungsabteilung des Polizeipräsidiums wieder reiche Beute. Sie nahm nicht weniger als 81 wohnungslose Personen fest, die dort herumlungerten und zu nächtigen sich anschickten, ohne sich ausweisen zu können. Sie wurden in einem großen Wagen gemeinsam dem Gefängnis zugeführt.

6. Aufhebung einer Spielhölle. Am Bußtag wurde im Rietschelhof eine Spielergesellschaft beim Hazard ertappt und aufgehoben. Die Kasse wurde beschlagnahmt. Etwa zwanzig Hazardeure wurden nach dem Polizeipräsidium befördert.

6. Bei einem Ausflug verunglückt. Am Bußtag nachmittag hatte der 17 Jahre alte, in der Nebelfelder Straße 19 wohnhafte Mechanikerlehrling Fritz Knöfel einen „Bummel" nach dem Prießnitzgrund unternommen, kam aber bei einem Sprung über die Prießnitz zu Fall und erlitt hierbei einen Bruch des rechten Oberschenkels. Nach der Hartmannschen Maschinenfabrik gebracht, überführte man ihn von dort nach dem Krankenhause Friedrichstadt.

6. Tot aufgefunden wurde in ihrer Wohnung Carlowitzstraße 44 eine 68 Jahre alte Ehefrau E. L., deren Tod durch Einatmen von Gasen [illegible]